

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

Auswertung der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
Titel des Programms	Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben	Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken	Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.	Zukunft wird aus Mut gemacht	„SCHAUEN WIR NICHT LÄNGER ZU.“	Programm für Deutschland
Beschlossen am:	03.07.2017	15.06.2017	11.06.2017	18.06.2017	30.04.2017	22./23.04.2017

Windenergie

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
Erwähnungen von Wind, Windkraft etc.	„Wind auf hoher See, Wind an Land“ wird einmal erwähnt (S. 21)	„Windkraft“ wird einmal erwähnt (S. 48)	„Windkraftanlagen“ wird einmal erwähnt (S. 86)	„Wind“ wird zehnmal erwähnt	„Windkraftanlagen“ werden siebenmal erwähnt (bes. S. 78)	„Windenergie“ wird 11mal erwähnt (bes. S. 72)

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

Forderungen					Ausbau von Windkraftanlagen nur in ausreichendem Abstand zur nächsten Wohnbebauung (10H-Regel) und zu Brutstätten und Nahrungshabitaten (Helgoländer Papier); Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich	Ausbau der Windenergie stoppen
						Keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger
						Ausbau von Windkraftanlagen nur in ausreichendem Abstand zur nächsten Wohnbebauung (10H-Regel)
EEG (Ausbaupfad, Ausschreibungen etc.						

Erneuerbare Energien

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
Ausbau	Planbar, berechenbar und marktwirtschaftlich	Weiterer Ausbau, vor allem von Wind- und PV	EE-Anteil von 43 % bis 2020, 70 % bis 2030 und 100 % bis 2040	100 % bis 2030 im Stromsektor, 100 % bis 2050 bei Wärme, Mobilität und Prozesswärme	Ausbau an kostengünstigsten Standorten	Keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

	durch Ausbau EE wird Wertschöpfung in die ländlichen Räume zurückverlagert	Konventionelle Energieträger sollen Ausbau Erneuerbarer ergänzen		Ausbauziele anheben, Ausbaudeckel abschaffen		
				De-minimis für Bürgerenergie ausschöpfen		Ausbau von Windkraftanlagen nur in ausreichendem Abstand zur nächsten Wohnbebauung (10H-Regel)
Förderung	Konsequente Fortführung der Heranführung der Erneuerbaren Energien an den Markt, marktwirtschaftliche Systemintegration		Ausschreibungssysteme abschaffen, Wiedereinführung von Einspeisevergütung	Ökostrommarktmodell einführen für Grünstrom aus deutschen EE-Anlagen	Abschaffung von Einspeisevorrang und -vergütung für neue Anlagen, Bestandsschutz für Altanlagen	Zurückfahren der Förderung
Zukunft des EEG			EEG muss umgebaut oder durch eine neue Energiegesetzgebung abgelöst werden (gleicher Zugang für Kommunen, Stadtwerke und Bürger-Energie-Genossenschaften)		EEG beenden	Ersatzlose Streichung des EEG

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

Energiewende und Klimaschutz

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
Ziele	Beibehaltung bestehender Energieziele, langfristig sichere, bezahlbare, saubere Energieversorgung	Energiewirtschaftliches Zieldreieck beibehalten	CO ₂ -Ziel: 2020 -40%, 2030 -60%, 2050 -95%	Ziel 100 % Erneuerbare im Stromsektor bis 2030, Ziel 100% Erneuerbare im Wärme-, Mobilitäts- und Prozesswärmesektor bis 2050	Neustart Energiewende, Ziel CO ₂ -Minderung	Kein Verzicht auf moderne Gas- und Kohlekraftwerke
	Langfristiger Ersatz eines Großteils fossiler Energien durch umweltfreundliche Energien	Ausbau Erneuerbare Energien weiterhin	Erneuerbare Energien sollen fossile, umweltschädliche Energien ersetzen	Bedarf Wärme und Verkehr komplett mit Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie, Umgebungstemperaturen und Erdwärme decken	Vielfältiger Energiemix; Offenheit gegenüber neuen Technologien; Gleichbehandlung aller Energieträger	
	Klimaschutzplan beibehalten	2050 treibhausgasneutrale Energieerzeugung	Energieversorgung in Bürgerhand, Ablösen großer Energiekonzerne		Gesamteuropäisches Projekt mit dem Fokus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltschutz	
			Energieversorgung in öffentliche Hand			
			Rekommunalisierung			

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

Klimaschutz	Erhalt und Erfolg Pariser Abkommen	Klimaschutzgesetz, Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln	Klimaschutzgesetz	Klimaschutzgesetz	Basis ist Klimaschutzabkommen Paris	Kündigung Klimaschutzabkommen Paris
Kohleausstieg	Langfristiger Braunkohleausstieg parallel neuer, konkreter Strukturentwicklung	Förderung von guter, tarifvertraglich gesicherter Arbeit in vom Strukturwandel betroffenen Braunkohlerevieren	Kohleausstiegsgesetz: Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen, Neubauverbot von Kohlekraftwerken und Verbot für neue und erweiterte	Kohleausstieg bis 2030	Kein Verzicht auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit	Kein Verzicht auf moderne Gas- und Kohlekraftwerke
		Förderung mit Bundesmitteln von Ansiedlung neuer Technologien	Verursacherprinzip für Rückbau und Haftung der Folgekosten	Kohleausstiegsgesetz und ein novelliertes Bergrecht		
			Reform des Bundesberggesetzes	bis 2020 die 20 „dreckigsten“ Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und CO ₂ -Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln		
			Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro	Fahrplan für sozialverträglichen Ausstieg, Fond für Sanierung der Bergbaufolgeschäden		
				europäischen Kohlekonsens organisieren und internationale Exporte von Kohletechnologie verhindern		
				"Divestment" aus fossilen Rohstoffen		

Netze

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
	Beschleunigter Netzausbau und Beseitigung von Engpässen	Zügiger Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsnetzebene	Rekommunalisierung von Strom- und Wärmenetze	Vorrang für Erdkabel	Stärkung des transeuropäischen Netzausbaus	
		Bessere Auslastung bestehender Stromleitungen durch neue Technologien	Netzentwicklungsplan überarbeiten und an ambitionierten Klimaschutzzielen ausrichten	EU-weiten Netzausbau vorantreiben	Beseitigung von Netzengpässen durch neue Leitungen und verbesserte Technologien (z.B. Digitalisierung)	
		Europäisches Investitionsprogramm für grenzüberschreitende Energienetze	Geringerer Netzausbaubedarf als geplant	Smart Grids, also intelligente, digital gesteuerte Netze fördern		
Netzentgelte	Bundesweite Vereinheitlichung Übertragungsnetzentgelte		Bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen	Verursachergerechte und regional faire Verteilung der Kosten des Stromnetzes	Reform der Netzfinanzierung, Verursacherprinzip, Kosten Netzanschluss trägt der Betreiber	

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

Europa

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
	Vollendung Energieunion, digitaler Binnenmarkt	Europäisches Investitionsprogramm		Energieunion zu Klimaunion umgestalten	Energiewende ist gesamteuropäisches Projekt	
	Festhalten an bestehenden Energie- und Klimazielen			Erzeugung und Vernetzung besser vernetzen	Liberalisierung Energiebinnenmarktes	
	Pariser Klimaabkommen erhalten			Anpassung europäischer Klimaziele an Parisabkommen		

Finanzierung

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
		Prüfung alternativer Finanzierungskonzepte	Energiewendefonds aufliegen			
CO₂-Bepreisung	keine dirigistischen Eingriffe im Klimaschutz, stattdessen marktwirtschaftliche	ETS als Instrument weiterentwickeln		CO ₂ -Mindestpreis auf Bundesebene	Keine nationalen Alleingänge	
		Verhandlungen über Einführung CO ₂ -Mindestpreis auf europäischer Ebene, der unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen berücksichtigt		CO ₂ -Bepreisung auch ausserhalb ETS		

Steuern und Abgaben

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
		Subventionen und Steuern auf Klimawirkung hin überprüfen	ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz sollen entfallen	Fairer Wettbewerb durch Bepreisung von Emissionen	Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß	
				Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum reduzieren (nur noch für Unternehmen im internationalen Wettbewerb, energieintensive Prozesse, sowie Knüpfung an Energieeffizienzmaßnahmen)		

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

			Stromsteuer für Verbraucher senken	Abschaffung der Stromsteuer	Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß senken	
--	--	--	------------------------------------	-----------------------------	--	--

Sektorkopplung

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
	Weiterentwicklung	Bezahlbarkeit der Energiewende durch Sektorkopplung	KWK als hocheffiziente Brückentechnologie fördern: Anteil bis 2020 auf 25 Prozent an der Bruttostromerzeugung erhöhen	bei Niedrigstrompreisen Strom in Wärme oder Gas umwandeln	Marktwirtschaftliche Nutzung des Potentials von Sektorkopplung	
		Technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen und FuE		Hocheffiziente und zunehmend erneuerbare KWK unterstützen		

Industriepolitik

	CDU/CSU	SPD	Linke	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	AfD
	Forschung und Förderung von modernen Stromspeichertechnologien	Fortsetzung der Erfolgsgeschichte der ökologischen Industriepolitik	Sozial-ökologische Wende	Ökologische Modernisierung aller Wirtschaftssektoren	Ermöglichung wettbewerbsfähiger Produktionsbedingungen für Unternehmen in Deutschland	
	Deutschland als Standort für Batteriezellproduktion	Unterstützung von KMU auf dem Weg in die Weltspitze		zukunftsfähige Fahrzeugtechnik weiterhin in Deutschland entwickeln und produzieren		

Tischvorlage BWE Bundesvorstandssitzung 14. Juli 2017

	Schaffung einer neuen Strukturperspektive für Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf, u.a. durch Förderung von Forschung zu modernen Energietechnologien					
--	--	--	--	--	--	--